



28.05.2008

<http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/9/0,3672,7245577,00.html>

ZDF [M]

Kabinettsmitglieder kabbeln sich weiter

Klimastreit der Koalition immer schärfer

Präsidentenwahl, Steuerentlastung, Klimaschutz: In der Koalition gibt es immer mehr Streitpunkte. Der Ton ist rauher geworden, die Atmosphäre eisig. An dem Thema Klimaschutz hat sich nun eine regelrechte Kabinettskrise entzündet.

Im Streit über die geplanten Klimaschutz-Gesetze wird der Ton in der Großen Koalition immer schärfer. Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) griff am Mittwoch seinen Kabinettskollegen im Wirtschaftsressort, Michael Glos (CSU), heftig an.

Auch im Bundestag wächst der Unmut von Union und SPD über einander. Die Verhandlungen über den Ausbau erneuerbarer Energien treten auf der Stelle. Gabriel kritisierte Glos' vor allem wegen des vorläufigen Scheiterns der Reform der Kfz-Steuer. "Wer die Kfz-Steuer zu einer Klimaschutz-Steuer umbauen will, muss auch den Mumm dazu haben", sagte Gabriel der "Neuen Presse" in Hannover. "Leider scheint sich die CSU völlig von dem zu verabschieden, was wir in der Koalition verabredet haben." Es habe in den vergangenen Wochen mehrere Vorschläge zur geplanten Umstellung gegeben: "Herr Glos hat zu allem immer nur Nein gesagt."

Klimaziele erreichbar?

Rückendeckung von Bundeskanzlerin Angela Merkel vermisse er nicht, betonte Gabriel. Das Problem sei der massive Widerstand der Union insgesamt. Mit einer nach CO₂-Ausstoß gestaffelten Kfz-Steuer würden Autofahrer massiv Geld sparen, wenn sie sich beim Neukauf für einen emissionsarmen Wagen entschieden. "Wer dies verhindern will wie die CSU, tut den Bürgern keinen Gefallen und schadet zudem der deutschen Autoindustrie", sagte Gabriel.

"Was wir brauchen, ist eine echte Reform der Kfz-Steuer und keine Abzocke, wie einige Länder und die CSU es wollen." Der SPD-Politiker versicherte, trotz der Vertagung der neuen Kfz-Steuer blieben die Klimaziele der Bundesregierung erreichbar. "Wer auf eine Kfz-Steuerreform verzichtet, muss allerdings an anderer Stelle nachsteuern, zum Beispiel erneuerbare Energien stärker ausbauen."

"Energie des kleinen Mannes"

Die Union müsse nun Farbe bekennen: "Sie kann sich nicht erst zum Klimaschutz bekennen und dann jede einzelne Maßnahme zerschießen." Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist in der Bundesregierung bereits beschlossen und wird nun im Parlament verhandelt. Auch darüber gibt es jedoch massiven Streit. Der Wirtschaftsflügel der Union will unter anderem die Förderung von Solarstrom beschneiden, und zwar um 25 Prozent bis 2010. Dies ist allerdings auch in der Unionsfraktion noch nicht Konsens, wie es aus Fraktionskreisen hieß.

Die SPD wiederum will eine so massive Kürzung keinesfalls mitmachen, wie Energieexperte Ulrich Kelber der AP sagte. Man werde nicht eine Branche kaputt machen, die bereits in fünf bis sechs Jahren Strom zu Marktpreisen liefern könne. Strom aus Sonne werde bald die "Energie des kleinen Mannes" sein. Bislang sinkt die Förderung von Solarstrom jährlich um fünf Prozent. Das soll der Tatsache Rechnung tragen, dass die Anlagen immer billiger werden. Die SPD will die Quote auf acht Prozent pro Jahr hochsetzen, wie Kelber sagte. Kritiker halten entgegen, dies erlaube den Produzenten immer noch zu hohe Gewinnmargen.

Mit Material von ap

© ZDF 2008